

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten sowie die Expedition.
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.
für Verbandsmitglieder 40 Pf.
Stellenangebote 40 Pf. Vermit-
lungsgänge 20 Pf. Verbat-
angelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 32.

Berlin, den 5. August 1917.

33. Jahrgang.

Starke gewerkschaftliche Organisationen sind auch während des Krieges eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterschaft.

Wirke deshalb jeder nach Kräften für weitere Stärkung des Verbandes!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Fragebogen für kriegsbeschädigte Mitglieder. Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachungen in Nr. 15 und 18 und auf den Artikel in Nr. 20 der „Buchbinder-Zeitung“: „Die Rechte der kriegsverletzten Kollegen an die Invalidenunterstützung“, ersuchen wir die Funktionäre des Verbandes, die infolge Erkrankung oder Verwundung vom Militärdienst entlassenen Kollegen veranlassen zu wollen, den „Fragebogen für kriegsbeschädigte Mitglieder“ auszufüllen und deren Ubersendung an uns zu bewirken.

2. Eine Erhöhung der Lokalbeiträge für die männlichen Mitglieder der 4. und 5. Beitragsklasse von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Göttingen beschlossen und unsererseits genehmigt worden. Im übrigen bleibt es bei dem bisher üblichen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat.

3. Die Berichtskarten für das Statistische Amt (graue Karten) bitten wir unermüßlich an uns einzuliefern, sofern das noch nicht geschehen ist. Spätestens am 6. August müssen die Karten von allen Gauen und Zahlstellen in unseren Händen sein.

Der Verbandsvorstand.

Heimarbeiter!

Unwillkürlich denken wir an elende, unter langer Arbeitszeit und niedriger Entlohnung, ebenso aber auch unter der Willkür der Unternehmer feufzende Arbeitergruppen, wenn wir von der Heimarbeiter hören oder von ihr sprechen. Leider nicht mit Unrecht. Mitten ins Schwarze treffen folgende Worte:

„Die Heimarbeiter ist diejenige Produktionsform, die infolge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht. Die Heimarbeiter isoliert die Arbeiter und Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich aus eigener Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren.“

Die der Hamburger Gewerkschaftsfongress im Jahre 1908 seiner Resolution voranstellte, durch die er die Beschäftigten des Heimarbeiterkongresses vom Jahre 1904 erneut bekräftigte und die darin aufgestellten Forderungen sich zu eigen machte. Seitdem sind nahezu zehn Jahre ins Land gegangen, ohne daß die Lage der Heimarbeiter eine erkennliche Besserung erfahren hätte, obgleich inzwischen das „Hausarbeitsgesetz“ erlassen und seit fünf Jahren in Kraft ist. Mag sein, daß der Krieg die weitere Durchführung und vielleicht auch einen Ausbau des Gesetzes hintangehalten hat, das muß aber dem Gewerkschaftler gerade um so mehr Veranlassung geben, sich mit

den Heimarbeitern und der Heimarbeiter selbst zu beschäftigen, zumal diese während des Krieges an Umfang wesentlich zugenommen hat. Das Wichtigste zum Schutze der Heimarbeiter vor willkürlicher Ausnutzung, die Regelung der Lohnfrage, hat das Hausarbeitsgesetz ja offen gelassen, und selbst die schwächlichen Ansätze dazu, die die Auslegung von Lohnverträgen und die Bildung von Sachausschüssen vorsehen, sind bisher auf dem Papier stehen geblieben, ohne praktische Bedeutung erlangt zu haben. Hier eingzugreifen ist eine zwar außerordentlich schwierige, aber dennoch notwendige Aufgabe der Gewerkschaften, die damit der wirtschaftlich schwächsten Schicht der Arbeiterschaft Hilfe bringen, schließlich aber auch unter ihnen wohl dem Gedanken der Organisation werden Raum verschaffen können.

Anlaß zu derartigem Eingreifen wurde unserem Verbandsamt etwa Jahresfrist in Sonneberg in Sachsen-Meiningen gegeben, dem zu Friedenszeiten wichtigen Stapelplatz für die Puppen- und Spielwarenindustrie. Jetzt handelt es sich dort um Kriegsarbeit, nämlich um Pappbüchsen für Handgranaten, von denen pro Woche durchschnittlich wohl etwa 300 000 Stück zu liefern sind, die hauptsächlich in der Heimindustrie hergestellt werden. Auftragsgeber in Sonneberg ist nicht die Heeresverwaltung selbst, sondern eine große Berliner Sprengstoff-Aktiengesellschaft, die die Pappbüchsen nach Sonneberg vergibt, aber eigenartigerweise nicht an die dortigen Kartonnagenfabrikanten, sondern an mehrere Vermittler, die die Arbeit, zu Anfang wenigstens, zum Teil an die Kartonnagenfabrikanten, zum Teil aber auch direkt an Heimarbeiter weitergaben. Der Arbeitslohn war zunächst so angesetzt, wie es bei Heimarbeiter üblich ist, nämlich so, daß Frau und Kind in langer Arbeitszeit mitarbeiten mußten, um einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu erzielen. Nachdem uns diese Dinge bekannt geworden, bemühte sich sogleich der zuständige Gauleiter um Verbesserung der Arbeitslöhne. Mit dem Verband der Kartonnagenfabrikanten in Sonneberg, mit dem unsere dortige Zahlstelle schon seit 1913 in tariflichem Verhältnis steht, gelang es, einen weiteren Lohnantrag für die Herstellung der Pappbüchsen zu vereinbaren, durch den der bis dahin übliche Preis um etwa 4 Mk. pro 1000 Stück oder um etwa 30 Proz. erhöht und für ein neues Muster ein Preis nach den gleichen Grundsätzen festgelegt wurde. Die direkt mit der Berliner Sprengstofffabrik arbeitenden Vermittler sahen sich genötigt, sich der Vereinbarung anzuschließen und die ausgemachten Preise ebenfalls zu zahlen, so daß den Heimarbeitern, also den Kartonnagenarbeitern, die Mitglieder unseres Verbandes waren, und auch den beauftragten Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht unserem Verbandsamt angehörten, eine ganz ansehnliche Verbesserung ihres Arbeitsverdienstes zuteil wurde. Leider war es trotzdem nicht möglich, die große Masse der Untergewerkschaften dem Verbandsamt zuzuführen. Nur wenige folgten dem mehrfach und eindringlich an sie ergangenen Rufe. Und dieser Zwiespalt, der von

den Arbeitgebern nach kapitalistischer Manier verschärft und ausgenutzt wurde, hat inzwischen wieder eine Verschlechterung der Verhältnisse Platz greifen lassen, der unsere Organisation bisher nicht mehr Herr zu werden vermochte.

Teile und herrschel sagt ein bekanntes Sprichwort. Teile und verdiene! sagten sich die Sonneberger Lieferanten der in Frage stehenden Pappbüchsen. Vielleicht zur Strafe für ihr Zusammenwirken mit unserer Organisation bei Festlegung des Tarifs, vielleicht auch des eigenen größeren Verdienstes wegen, wurde von mehreren der Vermittler den Kartonnagenfabrikanten die ihnen bis dahin gegeben Arbeit mehr und mehr entzogen, womit sie zugleich aber auch unseren bei den Kartonnagenfabrikanten beschäftigten Kartonnagerkollegen verloren gingen und immer vollständiger den bisher befreundeten und der Organisation fernstehenden Kreisen überantwortet wurde, so daß unsere Verbandskollegen wohl einen ganz vorteilhaften Tarif, aber nach und nach nur noch recht wenig danach zu bezahlende Arbeit hatten. Alle Bemühungen unseres Vorstandes, durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters von Sonneberg, der unser Bestreben durchaus unterstützte, oder durch Vermittlung der Berliner Sprengstofffabrik dahin zu kommen, daß zunächst unsere Berufscollegen mit der beruflichen Arbeit beschäftigt werden sollten, brachten nur teilweisen Erfolg.

Aber noch in anderer Weise haben die durch den Krieg und durch die Mißachtung tariflicher Bestimmungen erzeugten Verhältnisse dem Verdienst der Heimarbeiter in Sonneberg Abbruch getan. In die tariflich festgesetzten Preise, die den Heimarbeitern zu zahlen sind, ist auch Lieferung von Leim und Lack durch die Heimarbeiter eingerechnet. Das Steigen der Preise für diese Zutaten gab unserm Verband Veranlassung, einen Tarifnachtrag vorzuschlagen, durch den die notwendigen Mehrausgaben für Zutaten von den Arbeitgebern übernommen werden sollten. Der Verband der Kartonnagenfabrikanten und zwei der übrigen Arbeitgeber haben diesen Nachtrag und schriftlich anerkannt, zwei andere haben aber trotz mündlicher Zustimmung schriftliche Anerkennung verweigert, was schließlich dahin führte, daß die Abmachung in der Praxis allgemein schlecht eingehalten wird und die Heimarbeiter durch die Mehrausgaben für Zutaten erhebliche Einbuße an ihrem Arbeitsverdienst erleiden. Und das im Zeichen der immer höher anschwellenden Teuerung, die nach dem natürlichen Gang der Dinge Erhöhung des Lohnes oder Teuerungszulagen im Gefolge haben müßte.

Was aber sagen die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen dazu? Sie arbeiten eben noch eine Stunde mehr pro Tag wie bisher, um den Schaden wieder herauszubolen. „Nicht brennen wir abends nicht mehr an“, sagte einer der von unserem Verbandsvertreter besuchten und nach der Arbeitszeit befragten Heimarbeiter, der mit Frau und zwei Kindern in einem einzigen Raum hauste, in dem gearbeitet, gelebt, gelacht und geschlafen wurde. Und

dabei ist es jetzt bis 10 Uhr abends Tag. Eine andere Heimarbeitlerin berichtete auch, daß sie abends kein Licht anbrennt, aber morgens um 4 Uhr wieder bei der Arbeit stehe, weil der Veim sich in den Morgenstunden am besten verarbeiten läßt. Wirklich traurige Verhältnisse zeigen sich bei einem Gang durch die Wohnungen mehrerer Sonneberger Heimarbeiter, die die Pappbüchsen für Handgranaten machen. „Kriegslohne“ sollen die Arbeiter jetzt verdienen, wird von denen immer behauptet, die hohe Lebensmittelpreise beschönigen wollen. Die Kriegslohne der Sonneberger Heimarbeiter sind unter den gegenwärtigen Umständen aber wirklich nicht danach, mit hohen Lebensmittelpreisen auszuhalten zu können.

Um endlich Besserung zu schaffen, hat unser Verbandsvorstand sich jetzt mit einem Antrag auf Regelung der Verhältnisse und auf Festsetzung von allen Arbeitgeber verpflichtenden Arbeitslöhnen an das Kriegsamt gewandt. Was das Kriegsamt und andere militärische Stellen in anderen Berufen, in der Lederwarenindustrie, in der Korbmaderie, in der Schneiderei möglich machen konnte, wird hoffentlich auch für die Pappbüchsenmacher, die Stiefbinder unserer auch im übrigen unter gedrückt Löhnen leidenden Kartonnagenbranche, zu erreichen sein. Die Sonneberger Heimarbeiter sollten sich endlich bewußt werden, daß sie dauernde Erlösung aus ihrer elenden Lage nur durch den Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation erreichen können und daraus die nötige Folgerung ziehen.

Volksernährung und Viehhaltung.

Die Frage der Volksernährung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Viehhaltung im Lande. Es ist unbestreitbar, daß das vollständige Fehlen der Kartoffeln, das seit mehreren Wochen überall in Deutschland zu beklagen ist, zum guten Teil auf umfangreiche Verzehrung dieses wichtigsten Nahrungsmittels zurückzuführen ist, die das erlassene Verbot der Kartoffelfütterung nicht zu verhindern vermochte. Aber nicht nur Kartoffeln sind massenweise in den Viehtrug gewandert, auch Getreide muß im Interesse der Viehhaltung, der menschlichen Ernährung entzogen sein, weil anders die so schwer empfindende Verabreichung der Brotration nicht zu erklären ist.

Soll für das neue Erntejahr die hinlängliche Belieferung der Bevölkerung mit Brot und Kartoffeln sichergestellt werden, gilt es, von vornherein die Ernte für diesen Zweck ausreichend sicherzustellen, ohne andererseits durch übermäßige Eingriffe in den Viehbestand die notwendige Beschaffung von Schlachtvieh zu verhindern.

Die von Kriegsernährungsamt hierfür in Aussicht genommenen Maßnahmen nachzuprüfen und Volksernährung und Viehhaltung in glücklicher Weise miteinander in Einklang zu bringen, war die Aufgabe einer aus Mitgliedern des parlamentarischen Beirats für Volksernährung gebildeten Kommission, die zu diesem Zweck eine Informationsreise durch die hauptsächlich in Betracht kommenden Lieferungsbezirke unternahm.

In einem in Nr. 28 unserer Zeitung unter dem Titel „Die Eingriffe in unsere Viehhaltung“ veröffentlichten Aufsatz berichtete der Reichstagsabgeordnete Genosse Robert Schmidt über den ersten Teil dieser Reise, der die Kommission durch die Provinzen Posen, Westpreußen, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein, durch das Königreich Sachsen und durch Thüringen führte. Dem lasen wir heute den Bericht über den zweiten Teil der Reise folgen, der der Kommission Einbild in die Verhältnisse in Elb-Lothringen und Süddeutschland bot.

Genosse Robert Schmidt schreibt hierüber:

„Die Kommission wandte sich zunächst nach Lothringen, um hier in Bezirke hineinzu kommen, die durch die Lieferer für den Heeresbedarf hart in Anspruch genommen werden. Im Kreise Forbach und Saargemünd wurden recht dürftige kleinbäuerliche Verhältnisse angetroffen, die in bezug auf die Bewirtschaftung wohl nicht gerade einen besonders hohen Stand einnahmen. Es sind Kleinbetriebe mit geringer Aufzucht und dürftiger Milchviehwirtschaft.

Der Besuch von Straßburg bot für die Leistungsfähigkeit einer wichtigen Kommunalverwaltung ein gutes Beispiel. Straßburg hat seit langem eine ziemlich umfangreiche Milchviehhaltung eingerichtet und auch die Abgabe der Milch geschieht in eigene Verwaltung genommen. Die Einrichtungen machen einen durchaus guten Eindruck und wird ihre Nachahmung nicht nur für die Kriegs-, sondern auch für die Friedenszeit sehr zu empfehlen sein. Die Reise ging dann nach Baden hinüber. Hier haben wir es fast durchweg mit Kleinbäuerlichen Verhältnissen zu tun, die Betriebe weisen eine verhältnismäßig gute Viehhaltung auf, obwohl selbst auf dem gebirgigen Terrain

im Schwarzwald vielfach die Kuh als Zugvieh benutzt wird. Die Landwirte wehren sich hier gegen weitere Eingriffe in die Viehbestände, da natürlich der Mangel am schwersten eine zwangsweise Abgabe empfindet. Auffallend ist in diesem Bezirk die verhältnismäßig geringe Abgabe von Milch, Baden kommt im Durchschnitt nicht auf die 2 Liter Milch pro Tag und Milchfah, die für die Abgabe entweder zur Butterbereitung oder als Frischmilchabgabe vorgegeben ist. Es wurden Betriebe mit 5 und 6 Milchfäßen angetroffen, die das festgesetzte Quantum nicht zur Ablieferung brachten. Auf die Frage, wo die übrige Milch bleibt, da man den Ertrag mindestens auf 6 bis 8 Liter pro Milchfah annehmen kann, wurde nie eine einwandfreie Antwort erteilt. Man wird annehmen müssen, daß bei dem Mangel an Nahrungsmitteln bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Ertrag im Genus der Milch genommen wird, vielfach ist auch ungewissermaßen zur Aufzucht von Jungvieh mehr Vollmilch genommen, als nach der Bundesratsverordnung zulässig ist.

Am gleichen Mißverhältnis der Milchabgabe befindet sich Bayern. Nur dort, wo große Volkereien eingerichtet sind, wie im Allgäu, steht die Abgabe unter besserer Kontrolle. Wird von der Einzelwirtschaft die Butter an eine Sammelstelle abgeliefert, so ist die Abgabe außerordentlich gering, sie erlangt pro Woche nicht einmal die 10 Liter, die pro Milchfah vorgegeben sind. In Bayern ist der Bezirk Allgäu neben Kleinbetrieben von großbäuerlichen Wirtschaften durchsetzt, die sich ganz der Viehhaltung widmen. In großen Volkereien hat man sich von jeher der Butter, besonders der Käsebereitung zugewandt. Die Produktion ist zurückgegangen, aber nicht so erheblich wie in anderen Landesteilen. Da hier im allgemeinen nur Weidewirtschaft üblich war, die Verwendung von Kraftfutter weniger oder gar nicht stattfand, so blieb der Milcherttrag auf gleicher Höhe.

Der Bezirk Wiesbad nimmt in der Aufzucht von Rindvieh eine besonders hervorragende Stellung ein. Man gewinnt hier den Eindruck, daß Landwirte in diesem Bezirk, die das Vieh in Friedenszeiten weit über die Schlachtviehpreise bezahlt erhielten, diesen Handel mit Juchtwie fortsetzen möchten, und jeden Eingriff in die Viehhaltung zu Schlachtzwecken unangenehm empfinden. Leider werden wir nicht in der Lage sein, diesem Wunsch Rechnung zu tragen, denn die Aufzucht wird etwas zurücktreten müssen hinter den Anforderungen der Schlachtviehlieferungen. Die Viehwirtschaft im Bezirk Wiesbad nimmt den landwirtschaftlichen Betrieb ganz in Anspruch, der Anbau von Gemüse, Kartoffeln oder Körnerbau geschieht nur in geringem Umfange.

In der Oberpfalz, im Bezirk Regensburg, ist der Klein- und Mittelbetrieb mit verhältnismäßig harter Viehhaltung vorherrschend. Besonders wird hier die Aufzucht von Rindvieh (Zugochsen) betrieben, die natürlich bei der größeren Abgabe von Vieh in Gefahr gerät. Die Fütterungsverhältnisse sind nicht besonders günstig, da bei der trockenen Witterung die Viehen nicht den Ertrag liefern, der für die große Viehhaltung notwendig ist. Selt ist die ungünstige Witterung an, so wird damit zu rechnen sein, daß größere Bestände von Vieh abgetöten werden.

In München hatte die Kommission Gelegenheit, die Bayerische Fleischverorgungsstelle im sehr umfangreichen Verwaltungsapparat kennen zu lernen sowie die kommunale Einrichtung der Stadt München, den städtischen Schlachthof und die Viehstammstelle der Südbayerischen Zuchtverbände. Wie in vielen anderen großen Städten ist die Herstellung von Wurst in größeren Betrieben zentralisiert und damit die Gewähr einer besseren Zubereitung und Verteilung gegeben. Die Viehbestände in der Sammelstelle boten viele minderwertige Auftriebe, weshalb immer wieder der Wunsch zum Durchbruch kommt, für dieses Vieh die Weidewirtschaft in höherem Maße auszunutzen.

Sehr interessant gestaltete sich der Besuch der chemischen Anstalt des Herrn Dr. Krause. Dieser Betrieb hat durch ein einfaches Trocknungsverfahren die Konservierung wichtiger Nahrungsmittel auf eine ganz andere Grundlage gestellt, als wir es bisher kennenlernten. Das Verfahren verwandelt Vollmilch, auch Rahm, in wenigen Minuten zu einem trocknen Pulver. Der Vorzug des Verfahrens besteht darin, daß keine Veränderung der Nährwerte des ursprünglichen Produkts eintritt, das Aroma vollständig erhalten bleibt. Im Laboratorium findet man die verschiedensten Genussmittel in Pulverform, die seit einem Jahr und darüber hinaus dort lagern. Eier sind zu Pulverform getrocknet, sie werden vor unsern Augen in kurzer Zeit zu einem schmackhaften Mehl umgewandelt. Das Blut, das früher im Schlachthofbetriebe vielfach verlorengegangen ist, erscheint jetzt in einem getrockneten Pulver, hält mit Leichtigkeit größere Transporte aus und kann beliebig für die Zeit der Verwendung aufgespart werden. Unzählige andere Gegenstände, Gemüse, Kartoffeln erdienen in dem gleichen getrockneten Pul-

verifizierten Zustand in dauerhafter Lagerung. Das Verfahren wird allem Nutzen nach für die Zukunft erst die volle Wertung erreichen, da gegenwärtig große Schwierigkeiten bestehen, diesen Betrieb voll auszugehehen.

Die Kommission hat auf ihrer Reise manche Ergänzungen des schon vorhandenen Materials erhalten. Wenn über die Frage der weiteren Eingriffe in die Viehhaltung entschieden werden soll, werden wir zunächst das Ergebnis der Viehzählung vom 1. Juni abwarten müssen, und nicht minder entscheidend ist, wie unsere Futterernte ausfällt. Denn vom Ertrag unserer Futterernte wird in diesem Jahr mehr denn je die Erhaltung des Viehbestandes abhängen. Unsere Ernährungspolitik muß so aufgebaut werden, daß für Brot Roggen und Weizen voll in Anspruch genommen werden kann mit einem Zusatz aus Hafer- und Gerstemehl. Erst wenn dieser Bedarf vollständig sicher gedeckt ist, kann daran gedacht werden, den Rest der Futtermittel der Viehhaltung zu überweisen. Jede andere Einteilung muß von vornherein abgelehnt werden, denn dieser elende Zustand in der Versorgung der Bevölkerung, daß vor dem Menschen die Ernährung des Viehs kommt, muß aufhören.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe geteiltert.

Bekanntlich hat im Herbst des vorigen Jahres im Holzgewerbe eine das ganze Reichgebiet umfassende Lohnbewegung stattgefunden, die durch Verhandlungen im Reichsamt des Innern zu einem Abschluß kam, der eine Zusammenfassung der bis dahin unterschiedlichen Vertragslöhne in sechs Lohnklassen und Teuerungszulagen in Höhe von 15-20 Pf. pro Stunde brachte. Die festgesetzten Grundlöhne betrugen pro Stunde nach Orten gegliedert 45, 50, 55, 60, 65 und 70 Pf., und unter Einzurechnung der Teuerungszulagen 65, 68, 71, 75, 80 und 85 Pf. Die Tarifverträge wurden bis zum 15. Februar 1918 verlängert und der eventuelle Kündigungstermin auf den 15. November 1917 festgesetzt, wobei aber ausdrücklich abgemacht wurde, daß eine Erhöhung der Teuerungszulagen innerhalb der Vertragsdauer nicht ausgeschlossen sein sollte. Früher, wie damals wohl angenommen wurde, haben die Holzarbeiter infolge der wachsenden Teuerung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen müssen, denn seit April d. J. sind hier und dort schon einzelne Forderungen erhoben, bis der Vorstand des Holzarbeiterverbandes dem Arbeitsgerichtshofverband auf Beschluß einer Städtekonferenz den Antrag unterbreitete, unter Verlängerung aller Tarifverträge um ein weiteres Jahr ab 1. Juli 1917 in allen Lohnstufen eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 30 Pf. pro Stunde zu bewilligen, außerdem aber auch eine Revision der Klassen-einteilung und eine Festlegung von Mindestlöhnen für Arbeiterinnen vorzunehmen, deren Zahl im Holzgewerbe während des Krieges stark angewachsen ist. Das Holzgewerbe ist jetzt in der Hauptache Kriegsindustrie geworden, was den Vorstand des Holzarbeiterverbandes veranlaßte, das Kriegsamt um seine Vermittlung anzugehen. Das Kriegsamt hat sich zur Übernahme der Vermittlung bereit erklärt, hat von Arbeitgeberseite aber nicht nur den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe, den Träger der mit dem Holzarbeiterverbande abgeschlossenen Tarifverträge, zu den Verhandlungen geladen, sondern auch die Verbände noch weiterer 17 Arbeitgebervereinigungen aus dem Holzgewerbe, um die Angelegenheit möglichst auf breiter Grundlage zu regeln.

Zunächst fanden Verhandlungen am 20. und 21. Juli statt, die zu keinem endgültigen Resultat führten, sondern zur Bewilligung einer vorläufigen Erhöhung aller Teuerungszulagen für Arbeiter um 10 Pf. und für Arbeiterinnen um 6 Pf. pro Stunde, die als Abschlagszahlung gedacht waren und sofort gezahlt werden sollte. Nach erneuter Beratung mit ihren Auftraggebern traten die Parteien am 27. Juli zu weiteren Verhandlungen zusammen. Da die Arbeitgeber die Frage der Tarifverlängerung noch zurückgestellt wissen wollten, ermöglichte die Arbeitervereinigungen ihre Forderung auf 20 Pf. pro Stunde, um weiteres später bei Verhandlungen über Tarifverlängerung in Antrag zu bringen, sie hielten aber fest an der Festlegung von Mindestlöhnen für Arbeiterinnen, welches Verlangen der Vertreter des Kriegsamts auch als eine Forderung der Moral und des Pflichtbewußtseins bezeichnete. Die Arbeitgebervertreter wollten hierauf aber nicht eingehen und lehnten auch jede weitere Erhöhung der Teuerungszulage ab. Es sollte bei den 10 bzw. 6 Pf. einstweilen sein Bewenden haben. Der Vertreter des Kriegsamts bemühte sich nach Kräften, eine Einigung auf Grund eines von ihm gemachten Vermittlungsvorschlages zustande zu bringen, der eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 15-20 Pf. pro Stunde vorsah. Es ergab sich aber, daß eine Einigung weder bezüglich der Teuerungszulagen noch bezüglich der

Mindestlöhne für Arbeiterinnen zu erreichen war, wonach die Verhandlungen als gescheitert beendigt und abgebrochen wurden.

Die Holzarbeiter sind nun genötigt, örtliche Verhandlungen anzubahnen, um so zu möglichst günstigen Resultaten zu gelangen, wenn das Strajkeverhältnis an den einzelnen Orten ausdauert sein wird. Vielleicht erfahren die Bediensteten der Großstädte bei örtlichem Vorgehen noch eine bessere Befriedigung, wie das durch zentrale Abmachungen zu erwarten stand.

Aus unserem Beruf.

Eine erfreuliche Mitgliederzunahme in unserem Verband ergibt sich aus der in der letzten Nummer veröffentlichten Zählung auf Grund der für das Statistische Amt eingesandten Berichte im Vergleich mit der Ende März auf derselben Grundlage erfolgten Feststellung. Danach hatte unser Verband Ende März 5290 männliche und 11355 weibliche, insgesamt also 16645 Mitglieder, Ende Juni dagegen 5268 männliche und 12949 weibliche, zusammen also 17617 Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist in den fraglichen drei Monaten zwar um 22 zurückgegangen, was bei den andauernden Einberufungen zum Wehrdienst nicht verwunderlich ist, dagegen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder um 994 größer geworden, so daß insgesamt eine Mitgliederzunahme von März bis Juni um 972 zu verzeichnen ist, wovon allein auf den Monat Juni 496 entfallen.

In Verbindung hiermit bringen wir noch die einschlägige Stelle aus dem Geschäftsbericht unserer Leipziger Abt. über das zweite Quartal d. J., an der die Ortsverwaltung folgendes sagt: „Das Ergebnis der agitatorischen Tätigkeit ist ein geradezu glänzendes zu nennen. Gelang es uns doch, 825 neue Berufsangehörige unserer Organisation zuzuführen, und zwar waren es 105 männliche und 721 weibliche Beschäftigte. Einen Teil von diesen Neuzugewonnenen stellt die Kartomagazinbranche, die nun endlich einmal den Weg zu uns fanden. Der andere weit größere Teil der Neuzugewonnenen stammt aus der reinen Buchbinderbranche. Hier ist es uns gelungen, in fast allen Werkstätten einen nennenswerten Zuwachs zu erzielen, so daß jetzt die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen ist, daß in einem ganzen Teil von Werkstätten fast die gesamte Arbeiterchaft organisiert ist.“

Die angeführten Zahlen beweisen, wie unzutreffend die verschiedentlich vorhandene Annahme ist, daß eine Agitation jetzt während der Kriegszeit von vornherein aussichtslos sei. Die Feuerung macht vielmehr einen reiflichen Zusammenstoß aller Beschäftigten in unseren Berufen mehr wie je notwendig und die Bewegung zur Erlangung der so notwendigen Feuerungszulagen bietet Gelegenheit genug zur Gewinnung neuer Mitglieder. Diese Gelegenheit muß mit aller Kraft ausgenutzt werden. Jedes neue Mitglied stärkt unsere Reihen und trägt bei zur Vergrößerung unserer Erfolge.

Die Lehrlingsfrage in unserem Beruf und der Krieg. Verfolgt man die Fachpresse unseres Berufs jahrzehntlang, so findet man dieses Thema immer wieder. Vor 10 und 20 Jahren waren es die Verfechter des alten Zunftwesens, welche nicht genug über schlechte, mangelhaft ausgebildete Gesellen klagten. Dabei war bei einem großen Teil gerade dieser Herren die „Lehrlingsausbildung“ im schönsten Schwünge. Schreiber dieses hat doch selbst bei einem Univeritäts-Buchbindermeister vier Jahre gelernt. Es waren stets die Lehrlinge, aber kein Geselle beschäftigt. Ueber das andere will ich lieber den Schleier der Vergangenheit beden. Und wie mir wird es Tausenden ergangen sein. Einsichtige Meister, das soll anerkannt werden, haben oft auf das Schädliche solcher Lehrlingsausbeutung hingewiesen. Aber erst allmählich brach sich diese Erkenntnis Bahn. Einen großen Fortschritt brachte in dieser Beziehung endlich das Wandertagebuch. Man kann dasselbe ja nicht beurteilen, einen Keinen Auker brachte es doch auch der Arbeiterchaft. Nun schienen sich mit Hilfe dieses Gesetzes und dem Drängen unseres Verbandes allmählich die Verhältnisse etwas zu bessern. Die Einführung des Fortbildungszwanges, Unterricht während des Tages, ferner — auch das soll anerkannt werden — die Einrichtung von freiwilligen Lehrgangskursen in verschiedenen Städten seitens der Prinzipale gab uns die Hoffnung, in absehbarer Zeit unseren Beruf auf die Stufe der Anerkennung zu bringen, welche ihm gebührt. Da brach aus heiterem Himmel das Unwetter über die Welt herein. Und wie der Krieg so vieles Sätzliche hervorrief, so glaube ein großer Teil unserer Prinzipale nun, die Zeit für gekommen, gegen den ihnen lange verhassten Fortbildungsschulunterricht Sturm laufen zu können. Ich will vorweg betonen, daß es selbstverständlich niemandem Prinzipal in jetziger Zeit schwer-

jält, seinen Betrieb infolge Personalmangels usw. aufrechtzuerhalten. Nun da müssen eben andere Wege gefunden werden, als es beliebt. Aus den Reihen der Innungen hört man jetzt immer den Aufschrei, entweder den Schulunterricht ganz fortlassen zu lassen, andere wollen denselben auf abends verlegt haben, wieder andere wollen die älteren Lehrlinge ganz berechtigt wissen. Und doch wäre im Interesse unseres eigenen Berufs das eine so falsch als das andere. Gerade im Interesse eines geschulten und tüchtigen Nachwuchses sollten die Prinzipale an den bestehenden Fortbildungsmöglichkeiten nicht das mindeste rütteln. Soll unser Beruf, kaum etwas gehoben, nun wieder in jene Zeiten der 80er Jahre zurückfallen? Sollen unsere jungen Kollegen weiter nichts werden, als gedankenlose Krüder? Nein und abermals nein! Gegen diese Bestrebungen Front zu machen ist eine notwendige Aufgabe unseres Verbandes und der gesamten organisierten Arbeiterchaft. Die Vertreter der Arbeiterchaft sollten eben mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung, ebenso bei den einzelnen Landesministerien dahin wirken, daß an den Schuleinrichtungen nicht gerüttelt wird. Ein Teil der Prinzipale wird uns später vielleicht seine Anerkennung, wenn auch momentan vielleicht verweigert, doch nicht verweigern können. Bewahren wir also mit allen Mitteln unseren jungen Nachwuchs vor dem fachtechnischen Niedergang. Jahrzehnte wären nötig, diese Fehler nachzuholen. K. L.

Staatliche Weimervorsorge. Auf Einladung des Weimarer Weimerverbrauchenden Gewerkschafts hat am 21. Juni in Erfurt eine Zusammenkunft von Vertretern des Bundes und mehrerer Landesverbände deutscher Buchbinder-Innungen stattgefunden, als deren Ergebnis die Gründung einer Bezugsvereinigung für das deutsche Buchbindergewerbe zu verzeichnen ist. Der Bezugsvereinigung ist die Aufgabe gestellt, den Behörden bei der Durchführung ihrer Aufgaben an der Verteilung von Roh- und Hilfsstoffen an das deutsche Buchbindergewerbe und den Inhabern von Betrieben dieses Gewerbes bei der Geltendmachung ihres Anspruchs bei Zuteilung dieser Roh- und Hilfsstoffe zu helfen.

Geschäftsführer der Bezugsvereinigung ist Herr Küstelhaus in Essen. Ihm liegt die gesamte Geschäftsführung ob. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Herr Stabj (Berlin) gewählt.

Der Bezugsvereinigung sind alle Zweige des Buchbindergewerbes und alle Betriebszweige überwiesen worden.

Alle am 1. August vorhandenen Leimbarräte müssen bis zum 10. August beim Kriegsausschuß für Erbschuttler, Berlin W. 85, Köpenicker 33/36, angemeldet werden. Sämtliche vorhandenen Restände gelten als beschlagnahmt. Verbraucht darf aus den eigenen Vorräten monatlich nur 1/2 derjenigen Menge werden, die im zweiten Kalendervierteljahr 1917 verbraucht wurde. Der Leimbegug wird sich künftig in der Weise vollziehen, daß die Bezugsvereinigung an die Verbraucher Bezugsscheine ausgibt, gegen welche Leim im Handel abgegeben werden wird. Die für den Handel zur Verfügung stehenden Mengen Leim sollen verhältnismäßig gering sein. Die zur Verteilung gelangenden Mengen werden deshalb voraussichtlich nur gering sein. Durch die geschaffene Organisation glaubt man aber eine gerechte Verteilung des vorhandenen Leims erzielen zu können.

Korrespondenzen.

Tresden. In der am 17. Juli stattgehabten Versammlung der Kartomagazinbranche wurde über den Erfolg unserer Feuerungszulagenforderung berichtet. Danach hat der Verband der Kartomagazinfabrikanten beschlossen, unter Wegfall der bisher gezahlten folgenden Feuerungszulagen zu gewähren:

Arbeiter mit einem Wochenverdienst bis 80 M. 25 Proz. „ „ „ „ 40 „ 20 „ „ „ „ „ 50 „ 10 „ „ „ „ „ Bei Hausarbeit 25 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 20 „

Gefordert waren für Arbeiter 15-30 Proz., was aber trotz mehrfacher Verhandlungen nicht erreicht werden konnte. Die Zigarettenfabrikanten haben es abgelehnt, auf unsere Forderungen von 30 Proz. unter Einrechnung der bisher gewährten Zulagen einzugehen, haben vielmehr beschlossen, ihren Mitarbeitern zu empfehlen, zu den bis jetzt gezahlten Zulagen noch weitere 5 Proz. zu bewilligen. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß ein Teil der Fabrikanten jetzt schon mehr als 30 Proz. bezahle. Diese Darstellung ist aber nicht richtig und konnte nur dadurch entstehen, daß man die bisher gezahlten Lohnzulagen als Feuerungszulagen bezeichnete, was aber dem Sinn unserer Forderungen entgegensteht. Da die Fabrikanten weitere Verhandlungen abgelehnt haben, beschloß die Versammlung, ihnen mitzuteilen, daß sie sich mit den gemachten Zugeständnissen nicht

einverstanden erklären könne, daß aber nach Lage der Dinge von weiteren Maßnahmen auf zentraler Grundlage abgesehen werden soll. Es soll vielmehr versucht werden, betriebsweise das Nichteerreichte nachzuholen, und werden die Anwesenden aufgefordert, in Betrieben, wo die Zugeständnisse ungenügend sind, ihre Forderungen zu wiederholen und die Verhandlung über den Gang der Verhandlungen dauernd auf dem Laufenden zu erhalten.

Anschließend an diese Versammlung fand unsere Vierteljahresversammlung statt. Der Geschäftsbereich ergab eine Mitgliederzunahme von 185. Der Lokalkassenbestand hat sich infolge der Mitgliederzunahme etwas gehoben und beträgt 11751.41 M. gegen 11653.01 M. am Schluß des vorigen Vierteljahres. Aus den Branchenerichten ist hervorzuheben, daß die Vereinigungen der Steindruckereibesitzer und Vuruspapierfabrikanten es abgelehnt haben, besondere Feuerungszulagen zu beschließen. Sie stellen es vielmehr an das Ermessen jedes einzelnen Arbeitgebers, seinen Leuten entsprechende Aufbesserungen zu bewilligen. Die Buchbinderinnung hat beschlossen, den Gehilfen auf die Mindestlöhne 50 Proz. zu gewähren und die Wünsche der Bekehrten nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Buchdruckereibesitzer wollen den Buchbindern dieselben Zulagen gewähren wie den Buchdruckern. Die Plakatfabrikanten haben folgende Zugeständnisse gemacht: Lohn- und Affordarbeiter erhalten 15 Proz. Zuschlag, Affordarbeiterinnen 20 Proz. und Lohnarbeiterinnen 25 Proz.

Der Vorsitzende weist am Schluß der Versammlung darauf hin, daß nun in allen Betrieben, wo die Zulagen nicht in der gewünschten Höhe gezahlt werden, eine rege Agitation einsetzen muß, weil das ungenügende Entgegenkommen meistens nur eine Folge der zu schwachen Organisation ist.

Karlruhe. Endlich ist es auch bei uns in Karlsruhe gelungen, mit den am Ort maßgebenden Firmen zu einer einigermaßen befriedigenden Abmachung über Feuerungszulagen zu kommen. Auf das schon Mitte Mai an alle Firmen versandte Auswahrschein des Verbandsvorstandes antworteten zunächst nur zwei Firmen. Alle anderen hüllten sich in vielfachen Schweigen. Schließlich wurden, um die Sache weiterzubringen, persönliche Verhandlungen unter Mitwirkung des Gauleiters Kollegen Demninger aus Stuttgart eingeleitet. Aus dessen in unserer Mitgliederversammlung gegebenem Bericht ergibt sich, daß mit den Firmen Buchbinderei Döbler, Braumache Holzdruckerei, F. G. Müllerische Druckerei („Tageblatt“ und „Badische Presse“) eine Vereinbarung getroffen ist, die in der Hauptsache folgendes bestimmt:

Es erhalten an Feuerungszulagen pro Woche Gehilfen in Zeit- und Affordlohn

	Verzehrtablete	Lebige
Bei einem Wochenverdienst bis 84 M.	9,50 M.	8,- M.
„ 84-88 „	8,- „	6,50 „
„ 88-42 „	6,50 „	5,- „
„ 42 „	4,50 „	3,- „

Junge Gehilfen im 4. und 5. Jahre der Berufstätigkeit erhalten pro Woche 6 M.
Arbeiterinnen in Zeit- und Affordlohn erhalten

Bei einem Wochenverdienst bis 12 M.	2,50 M.
„ 12-15 „	3,50 „
„ 15 „	4,50 „

Für Ueberstunden wird Feuerungszulage nicht gezahlt. Bei weniger als fünf Tagen Arbeitsleistung in der Woche wird die Feuerungszulage anteilig verrechnet. Die Vereinbarung tritt sofort in Kraft.

Einige charakteristische Aeußerungen, die von Arbeitgeberern bei den Verhandlungen getan wurden, möchten wir noch erwähnen. So erklärte z. B. der Vorsitzende des Buchdruckereibesitzer-Vereins, Herr Vogel, ganz ruhig: „Ich habe das Schreiben wohl erhalten, es aber einfach auf die Seite gelegt.“ Und auf unseren Hinweis, daß doch auch den Buchdruckern allgemeine Feuerungszulagen bewilligt seien, erwiderte er: „Ja, die Buchdrucker, das ist auch etwas anderes.“ Der Faktor der Buchdruckerei „Fidelitas“ glaubte sogar auf unseren Hinweis, daß die Buchdrucker sich bei Verfassung von Feuerungszulagen anderweitig lohnendere Beschäftigung suchen würden, mit dem Belagerungsstand und mit Inanspruchnahme des Generalkommandos drohen zu können, womit er dem Namen seiner Firma alle Ehre macht.

Nachdem nun mit den maßgebenden Firmen die oben in ihren Hauptpunkten wiedergegebene Vereinbarung zustande gekommen ist, glauben wir darauf rechnen zu können, daß auch alle kleineren Betriebe sich derselben anschließen, wozu natürlich vor allen Dingen der Anschluß aller im Beruf Beschäftigten an die Organisation notwendig ist. Kollege Demninger schilderte eindringlich den Wert der Organisation und ermahnte zur Organisierung aller noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen. Auch der

Vorsitzende unserer Zastelle, Kollege Friedrich, richtete an die Anwesenden noch einen warmen Appell zu tatkräftiger Mitarbeit bei Ausbreitung der Organisation und bei allgemeiner Durchführung der Feuerungszulagen.

Krefeld. Am 22. Juli fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, in der außer dem Geschäfts- und Kassenbericht auch der Bericht vom Gewerkschaftsamt erstattet wurde. Aus dem letzten ist erwähnenswert, daß das Kartell mit den bisherigen Beiträgen seine Wirksamkeit nicht mehr durchzuführen vermag und in diesem Jahre voraussichtlich mit einem erheblichen Fehlbetrag abzuschließen würde, wenn nicht neue Einnahmen geschaffen werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, pro Mitglied und Monat einen Extrabeitrag von 20 Pf. an das Kartell zu zahlen, was auch einstimmig beschlossen wurde.

Mit Bezug auf die Erhöhung der hier gezahlten Feuerungszulagen, über die wir in Nr. 30 der Buchbinder-Zeitung berichteten, führte Kollege Bauer aus, daß die Zulagen gegenüber der fortgesetzt steigenden Feuerung immer noch recht minimal seien, es wäre aber nicht ausgeschlossen, in absehbarer Zeit noch einmal wegen weiterer Erhöhung derselben an die Arbeitgeber heranzutreten. Voraussetzung dafür ist aber eine Stärkung der Organisation am Ort. Bauer forderte alle Mitglieder, besonders auch die weiblichen, auf, sich der Anorganisierten anzuschließen und sie möglichst alle dem Verbande zuzuführen. Bis jetzt sind als Folge der Lohnbewegung schon 12 Neuaufnahmen zu verzeichnen, es müßten ihnen aber noch viele folgen, um mit Aussicht auf mehr Erfolg wegen Feuerungszulagen noch einmal vorgehen zu können.

Leipzig. Am 24. Juli fand hier eine öffentliche Versammlung der Kartonnagenbranche statt, die sich eines recht guten Besuches erfreute. Kollege Pfäfe-Chemnitz hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Leipziger Kartonnagenarbeiterchaft und die der Buchbinderei.“ Der Redner schilderte in eingehender und leichtverständlicher Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenbranche, die im Verhältnis zur Buchbinderei überaus rückständige seien. Er führte den Versammelten vor Augen, daß es auch in der Buchbinderei einmal eine Zeit geben habe, die mit der heutigen in der Kartonnagenindustrie verglichen werden könne. Daß heute so wesentlich bessere Verhältnisse in der Buchbinderei zu verzeichnen seien, komme aber nur daher, daß die Arbeiterchaft, gestützt auf ihre gute Organisation, selbst Membran geschaffen habe. Pfäfe begrüßte es, daß ja nun auch in der Leipziger Kartonnagenindustrie die Arbeiterchaft sich scheinbar zu rühren anfangen, doch mit dem gemachten Anfang sei es nicht getan. Es müßte die Aufgabe gerade der Kartonnagenarbeiter sein, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die Organisation Boden gewinne und ausgebaut werde. Nicht von heute auf morgen lasse sich eine durchgreifende Besserung erzielen, sondern nur in unermüdlich fortgesetzter Organisationsarbeit. Die Ausführungen des Redners fanden allseitige Zustimmung. In der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referenten der Kollege Wienke und die Kollegin Thiel. Nachdem einige Neuaufnahmen gemacht wurden, fand die von gutem Geiste befehlte Versammlung ihr Ende.

Rundschau.

Starke Mitgliederzunahme im Fabrikarbeiterverbande. Eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl kann der Fabrikarbeiterverband verzeichnen. Im laufenden Jahre stieg die Zahl der Neuaufnahmen von Monat zu Monat. Im Mai sind rund 4500, im Juni aber über 5000 neue Mitglieder dem Verbande beigetreten. Das ist eine Aufnahmehöhe, die der Monatsdurchschnitt in den besten Friedensjahren fast erreicht. Wenn der Juli seine Enttäuschung bringt, dürfte am Schlusse des dritten Kriegsjahres wieder dieselbe Mitgliederzahl vorhanden sein, wie vor Kriegsausbruch, sofern die zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder nicht als Verlust gezählt werden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist zurzeit um 2900 höher wie im letzten Friedensmonat. Der tatsächliche Mitgliederverlust betrug Ende Mai noch reichlich 10 000; durch den Mitgliederzugang im Juni ist er auf etwa 6000 herabgegangen und im Juli wird er voraussichtlich ganz ausgeglichen werden. Wir gratulieren der rührigen Verbandsleitung zu diesem Erfolg.

Lohnerhöhung für Textilarbeiter. In Anwesenheit von Vertretern der Textilarbeiterverbände hat der Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie über Lohnerhöhungen in diesem Industriezweig verhandelt. Es war beim Kriegsamte der Kriegsstoffverteilung eine Preiserhöhung beantragt, die der Industrie die Möglichkeit geben sollte, die Löhne der Arbeiterchaft den heutigen verteuerten Lebensbedingungen anzupassen. Das Ergebnis ist

die Verhandlung über eine Preiserhöhung, die eine Lohnerhöhung von 25 bis 40 Proz. bedeuten würde. Die Preiserhöhungen sind also nicht für die eigenen Taschen der Unternehmer bestimmt. Die Erhöhung soll vielmehr den Arbeitern zugute kommen. In diesem Sinne nahm die Versammlung die Vorschläge am Schlusse der Beratung einstimmig an.

DWA. Zur Frage der Mietsteigerungen. Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungsverdrängung eine planmäßige Erhöhung der Mieten durchzusetzen. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus vielen Gemeinden Groß-Berlins, aus Dortmund, Hamburg, Altona, Graudenz, Erfurt, Merseburg, Dautzen, Suhl, Koblau, Wattenstein, Pforzheim und anderen Orten, wird über planmäßig beschlossene oder doch bevorstehende allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet. Gegen dieses Vorgehen der Hausbesitzer sind von verschiedenen Seiten Eingaben an die maßgebenden Behörden gerichtet worden, mit dem Ersuchen um baldige öffentliche Regelung. Auch im Reichstag und in einzelnen Stadtparlamentenversammlungen wurde die Frage der Mietsteigerungen zur Sprache gebracht. Trotzdem die ganze Angelegenheit also schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen hat, ist sie aber anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfange der Mietsteigerungen, weitere und umfassende Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas unangenehm Ernstes, sowohl für die Zeit im Kriege wie auch für die Zeit nachher, zumal die Mietsteigerungen in vielen Fällen zugleich auf eine unerdiente Bereicherung der Hausbesitzer hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genehmigungspflicht und Verbote allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßregeln der Wohnungspolitik bedürfen wird.

I. K. In den Krallen des französisch-englischen Imperialismus. Die russische Korrespondenz „Pravda“, die von der ausländischen Vertretung der Volkswirtschaft in Stockholm durch Karl Nadek herausgegeben wird, stellt die gegenwärtige russische Offensive als das Ergebnis der vollständigen Abhängigkeit auch des revolutionären Rußlands vom ausländischen Kapital dar. Sie verweist einleitend darauf, daß zuerst Albert Thomas die Pariser und die Londoner Presse die russische Offensive antündigen konnte, während man in Petersburg und Kronstadt erst am 3. Juli davon erfuhr. Sie erinnert dann daran, daß die Veröffentlichung der Geheimverträge, die Zerstückelung am 14. Mai binnen einer Frist von längstens vierzehn Tagen versprochen, noch immer nicht erfolgt ist, weil man der Welt nicht zeigen will, wie die Republik der französischen Bauern Vorjobjobber die starken Arme des russischen Bauern

vom Jaren für blankes Geld mietete. Ebensovienig habe die Politik, durch diplomatische Verhandlungen mit den Regierungen der Entente den Frieden näher zu bringen, bisher Erfolg gehabt.

Im Anschluß an diese Feststellung fährt die „Pravda“ fort: „Es mußte so kommen. Nicht weil die revolutionäre Regierung Rußlands ohnmächtig der Entente gegenüber war. Selbst wenn sie auf diplomatischem Wege die französische und englische Regierung zu Friedensverhandlungen bewegen wollte, hätte sie Mittel dazu in der Hand. Würde sie fest erklärt haben, daß sie alle Verträge veröffentlichen, daß sie den Staatsbankrott erklärt, falls die Entente sich nicht an den Verhandlungstisch setzt, so würden schon heute die Friedensverhandlungen begonnen haben.“

Literarisches.

Sven Hedin, „Nach Osten!“ 182 Seiten, 27 Abbildungen (25 Photographien, 2 Zeichnungen). Feldpostausgabe 1 Mk. Leipzig, F. A. Brockhaus.

Unser Blick ist mehr als je nach Osten gerichtet. Derselbe tapfere Schwede, der schon durch sein Buch über die Westfront so erfolgreich für Deutschlands Ehre gefochten und unsern verblichenen Gegnern das „Wolf in Waffen“ als ein leuchtendes Vorbild hingestellt hat, hat im vorigen Jahre mehrere Monate lang die Ostfront bereist. Die deutschen, österreichischen und ungarischen Armeen von Kowel bis Czernowitz kennen gelernt, ihr Leben und ihr Kämpfen studiert, mit ihren Führern als Freund verkehrt, die Schauplätze aller großen Kriegereignisse besucht, den Zerfallsweg der moskowitzischen Soldateska mit Entsetzen verfolgt und zuletzt den Siegeszug der verbündeten Armeen bis in das Herz Rußlands hinein mitgemacht.

Dankenswert ist besonders Hedins schlagend durchgeführter Vergleich zwischen Belgien und Frankreich. Mit Worten flammenden Jornes kennzeichnet er die Heuchelei, die von Willeid mit den belgischen Franzireuren überfließt, aber kein Wort verliert über die unschuldig hingemordeten Männer, geschändeten Frauen und sinnlos verwühten Gegenden Ostpreußens. Hedins Schilderungen dessen, was er dort gesehen hat, werden in der ganzen Welt Aufsehen machen.

Adressenänderungen.

- Gau 5. B. S. Luther, Magdeburg, Moldenstr. 22 I. K. A. Schubert, Magdeburg, Knochenhauerufer 36 II.
- Eisenberg. B. F. Klingenschmidt, Schorl 18 part. K. A. Kleinheuber, Fabrikstr. 24 I.
- Jena. B. A. Henschel, Liegenbainertstr. 1 I. K. A. Schulze, Lutherstr. 47 III.
- Leipzig. Verbandsbureau: Leipzig, Tauchaerstr. 19-21 III. Fernsprecher: 10 120.
- Reuscheid. B. u. K. A. Stodter, Peterstr. 37.

ANZEIGEN.

Maschinenkleberinnen

und Drahthefterinnen

sucht **Grossbuchbinderei Fritzsche, Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 29/30.**

Tüchtige Druckereibuchbinder und Buchbindergehilfen

(möglichst militärfrei) in Dauerstellung für kriegswichtigen Betrieb sofort gesucht.

Hofbuchdruckerei Max Hahn & Co. Mannheim H. 2. 2.

Bindfaden

Bersab für Post- und Bahnversand. Probe 5 kg. gegen Nachnahme. Lieferung nur an Selbstverbraucher. **Willy Rendsburg, Kiel 26.**

Wer wertvolles Schuhwerk, Lederstiefeln, Schuhsachen, Kleider, Zeit- und Wagnereisen, etc. u. vieles andere selbst ausbessern will, wendet sich an **„Nähable „Stepperin“**. Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine und löst sich in ganz kurzer Zeit im Handumdrehen bei Ausbesserung. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Wertungen und Nachbestellungen. **Preis 2,50 Mk.** mit fort. Radin gegen Vorkaufsendung oder Nachnahme durch: **General-Vertreter Chr. Schopper, :: Stuttgart 1, Schwabstraße 67 ::**

Kräbe entz. Bett-Hautjucken geheilt in 2 Tag. o. Berufstör. 100 000 f. bew. Monat. üb. 100 Heilber. Verf. n. ausw. Personeng. ang. „Salus“, Bochum 81, Kortumstr. 13.

Seife braucht man nicht bei Bezug meiner ausgezeichneten **Schmierwaschmittel „Lixo“**. Verlangen Sie Gratisprobe von **J. Garso, Berlin 964, Markgrafenstraße 10.**